

## **Carl-Heinz Evers**

### **Die freiheitliche Grundordnung bewahren und im Sinne einer real demokratischen Gesellschaft vervollkommen**

Gedenkrede des Berliner Senators für Schulwesen Carl-Heinz Evers am 12. Juli 1967 in der Gedenkstätte Plötzensee, Berlin

Recht und Gerechtigkeit für alle ... Volle Selbstregierung und Selbstverwaltung des deutschen Volkes in einem erneuerten Reich der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Demokratie“, so hieß es in dem Programm einer Widerstandsgruppe, derer wir heute gedenken. Es ist ein hoher Anspruch, meine Damen und Herren, liebe Schülerinnen und Schüler, unter den wir gestellt sind, wenn wir uns hier versammeln vor dieser Mauer, stellvertretend für viele Mauern, hinter und vor denen Schreckliches geschah und geschieht.

„Das Vermächtnis ist noch in Wirksamkeit, die Verpflichtung noch nicht eingelöst“, stellte in seiner Rede zum zehnten Jahrestag des 20. Juli der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss, fest. Seitdem sind wieder 13 Jahre vergangen. Wie steht es mit Vermächtnis und Verpflichtung des 20. Juli, des deutschen Widerstandes heute?

Es ist doch so: Auf diesen gebrochenen und tragischen Tagen der Geschichte unseres Volkes, dem 20. Juli ebenso wie auf dem 17. Juni, beruhen die moralischen und politischen Möglichkeiten unseres Gemeinwesens. Gesellschaftliche Fehlentwicklungen, übersteigertes und maßloses Vertrauen auf militärische Macht und wirtschaftliche Kraft haben unser Volk in die Isolation gebracht und in den Ersten Weltkrieg. Das Nicht-eingestehen-wollen der Niederlage, blinder Hass und grausame Selbsttäuschung im tödlichen Kreislauf, Verachtung der Demokratie und der Menschenrechte und neue unvorstellbare Maßlosigkeiten führten über die nationale Katastrophe des 30. Januar 1933 zum Zerschlagen des deutschen Staates und zum Untergang des Reiches. Gegen diese Kausalkette, die rechtzeitig zu zerbrechen bereits deutsche Demokraten - aber zu wenige - sich vor 1933 bemüht hatten, erhoben sich Männer und Frauen des deutschen Widerstandes, wieder allzu wenige.

In dem vorbereiteten Aufruf der deutschen Freiheitsbewegung heißt es: „Durch grausame Massenmorde ist unser guter Name besudelt. Wir wollen unsere Ehre und damit unser Ansehen in der Gemeinschaft der Völker wiederherstellen. Wir wollen mit den besten Kräften dazu beitragen, die Wunden zu heilen, die dieser Krieg den Völkern geschlagen hat, und das Vertrauen zwischen ihnen wieder neu zu beleben.“ Damit war ein Zeichen zur Umkehr gegeben. Oft einsam, auch isoliert, wenn sie sich in Gruppen zusammentaten, von der Mehrzahl nicht verstanden, beendeten sie die Vergötzung der eigenen Nation und standen mit ihrer Freiheit, ihrer Gesundheit und ihrem Leben für die Wiederherstellung der Grundwerte des menschlichen Zusammenlebens ein.

Es ist doch so: Wenn heute in Deutschland so etwas wie ein nationales demokratisches Bewusstsein möglich ist, dann deshalb, weil es jenen Widerstand der Jahre 1933 bis 1945 gab, - dann angesichts der Mauern und der Wände der Richtstätten, des Stacheldrahts der Gefängnisse und Lager, in denen das „andere Deutschland“ litt und sich opferte, - nicht angesichts der Siegessäulen und der Denkmäler des offiziellen Deutschlands der ersten viereinhalb Jahrzehnte dieses Jahrhunderts.

Es ist doch so: Der Aufstand des Gewissens gegen die Hitler-Diktatur und das solidarische Eintreten der Arbeiter der Großbetriebe am 17. Juni 1953 für die Selbstbestimmung setzen Maßstäbe für das Leben in unserem freiheitlich gestalteten Gemeinwesen.

Wir haben in diesen Tagen unsere Sorgen, ob wir diesen Maßstäben gerecht werden. Zum ersten Male seit 1945 gibt es im freien Teil der Stadt Demonstrationen, die nicht vom Willen der Mehrheit der Bevölkerung getragen sind. Im Gegenteil, will man der veröffentlichten Meinung glauben - und sie spiegelt sehr wohl sehr verbreitete Ansichten wider, die sie zum Teil selbst erzeugt hat - so stehen große Teile der Bevölkerung dieser Unruhe, die nicht nur eine Unruhe der Studenten ist, verständnislos gegenüber. Dabei ist diese Unruhe so unverständlich nicht. Wir haben es hier qualitativ mit etwas anderem zu tun als mit einem Konflikt zwischen den Generationen. Ich meine, bei dem, was hier in Berlin besonders deutlich aufgebrochen ist, handelt es sich letztlich darum, dass Menschen - Studenten und Professoren, Gewerkschaftler und Politiker - die Diskrepanz zwischen demokratischem Anspruch und weitgehend weniger demokratischer Wirklichkeit nicht hinzunehmen bereit sind. Dafür einige Beispiele:

Wir leben mit einem Schulsystem, das gesellschaftspolitisch geprägt wurde in einer vordemokratischen Zeit und mit einem Hochschulwesen, das einst für wenige Studenten mit festem soziokulturellen Hintergrund, für ein Studium vergleichbar feststehender und überschaubarer Wissensbereiche konzipiert wurde. Modernisierung und Demokratisierung erreicht man hier nicht mehr mit homöopathischer Therapie oder kosmetischer Reparatur.

Wir leben noch mit einem Strafrecht, dessen Normen fragwürdig geworden sind und dessen Reformen nicht vorankommen. Noch immer sind die Fragen wirtschaftlicher Demokratie, die als Forderung in allen Programmen der Widerstandsbewegung enthalten ist, nur zum Teil gelöst, bleibt die Mitbestimmung der Arbeitnehmer stärker eingengt, als es notwendig und zu einer Demokratisierung förderlich wäre.

Und andererseits: Die Jugend sollte aus gutem Grund darüber informiert werden, was durch Deutsche und im Namen Deutschlands in der jüngeren Geschichte angerichtet worden ist. Sie sollte wissen, wofür sie haftet, ohne selbst schuldig zu sein durch Tun und Unterlassen. Meine eigene Generation hat in den Jahren nach

1945 die Generation unserer Väter und Großväter gefragt: Was hat Ihr getan oder unterlassen, wo seid Ihr schuldig geworden durch Mitleid, durch zu geringen Widerstand oder durch unpolitisches Beiseitestehen, dass es zu jenem 30. Januar 1933 kam?

Wundern wir uns angesichts der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit unseres Landes, dass wir jetzt ähnliche Fragen von der jungen Generation gestellt bekommen? Ist es verwunderlich, dass sie empfindlich reagierte, als ein junger Student während einer Demonstration erschossen wurde? Den jungen Menschen sollen in der politischen Bildung die Gräueltaten und die Unmenschlichkeit der Nazis und der Stalinisten dargestellt werden, um den Blick zu schärfen, um die demokratischen Tugenden der Wachheit und der Wachsamkeit gegen totalitäre unmenschliche Erscheinungen zu entwickeln. Warum wundern wir uns eigentlich, dass die junge Generation sich mit Vietnam und Griechenland nicht abfinden will?

Wir haben politisch entschieden: Geschichte soll im Unterricht nicht mehr gelehrt und erlernt werden als ein unbeeinflussbarer Ablauf; Katastrophen sollen nicht einfach als „Betriebsunfälle“ erscheinen. Wir wollen den Ort der Entscheidung deutlich machen, an dem rational und menschlich zu handeln ist. Wen wundert es dann, dass sich viele Menschen nicht bieten lassen, wenn sie höchst verkürzt und einseitig informiert werden, dass diejenigen, die skeptisch sind, verketzert werden, weil sie eine idyllische Harmonie zu stören scheinen?

Oder warum wundern wir uns, wenn sich junge Menschen kritisch äußern gegenüber Sonntagsreden über die deutsche Frage, nachdem jahrelang erheblich auseinander ging, was öffentlich hierzu gesagt und was von den gleichen Politikern einseitig hinter vorgehaltener Hand geflüstert wurde? Noch immer ist in Zeiten und Situationen wie der unsrigen nicht Ruhe, sondern Unruhe die erste Bürgerpflicht. Und es kommt auf Urteilsfähigkeit, Wachheit, Wachsamkeit, Zivilcourage, Engagement und rationale Bewältigung von Konflikten an. Wir haben jetzt die Chance, unsere demokratischen Intentionen und unsere Institutionen glaubwürdig zu machen vor uns selbst und vor der jüngeren Generation.

Demokratische Jugenderzieher haben sich jahrzehntelang um eine politisch engagierte Jugend bemüht, sie haben sich oft genug über Desinteresse beklagen müssen. Jetzt haben wir eine politisierte Jugend. So ist es die Aufgabe der demokratischen Parteien und Institutionen, das fundamentale demokratische Streben, das nicht nur in unserer akademischen Jugend zu Hause ist, nicht in die Radikalität abzudrängen; im Gegenteil gilt es, sie aus der Isolierung herauszuholen.

Es ist doch so: Die demokratische Gestaltung unserer Wirklichkeit, für die wir uns entschieden haben, ist eine Aufgabe, die Zähigkeit und Geduld erfordert. Illusorisches Denken führt nur zu neuen Katastrophen; mit neuen tragischen Daten unserer Geschichte ist uns nicht gedient.

23 Jahre nach dem 20. Juli, 22 Jahre nach Kriegsende und 14 Jahre nach dem 17. Juni müssen wir uns entscheiden, wie wir unser demokratisches Gemeinwesen weiter entwickeln wollen. Auf absehbare Zeit wird es keine Wiedervereinigung der getrennten deutschen Teile geben. Auch in der Grenzfrage - soviel ist allen deutlich, die nicht Demagogie betreiben wollen - haben wir Tatsachen des verlorenen Krieges zu akzeptieren. Auf Berlin konzentriert sich nicht mehr die Aufmerksamkeit der Welt; hier ausgeglichen, haben sich Interessen- und Konfliktpunkte der Großmächte verlagert. Europapläne geben keinen Gegenwert mehr zu innerdeutschen Versäumnissen. Wir sind gezwungen, die deutsche Situation, und beispielhaft dafür die Situation des Teiles Berlins, in dem wir leben, neu zu durchdenken.

Das ist keine Stunde der Depression, sondern eine der Möglichkeiten. „Das Vermächtnis ist noch in Wirksamkeit, die Verpflichtung noch nicht eingelöst“, hatte Theodor Heuss gesagt. Wir haben die Chance, uns an den Maßstäben zu orientieren, die durch den Widerstand gegen Hitlers und Stalins Diktaturen gesetzt worden sind.

„Recht und Gerechtigkeit für alle ... Politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie“ - unsere freiheitliche Grundordnung zu bewahren, sie aber im Sinne einer real demokratischen Gesellschaft zu vervollkommen, ist ihr Vermächtnis und unsere Verpflichtung.

Wenn uns das gelingt, werden wir die Flucht isolierter Gruppen in radikale Utopien ebenso verhindern können wie die Ausflucht in Restriktion und Polizeigewalt. Wir müssen weiter wachsam sein, sehr wachsam vor der Intoleranz der Mehrheiten gegenüber Minderheiten und ebenso wachsam gegenüber utopischen und unpolitischen Ansprüchen radikaler Minderheiten, wachsam vor der Vergötzung der Autorität wie vor der Anarchie, vor allem aber vor der Unbeweglichkeit der Privilegierten, die Chancengleichheit und Mitbestimmung als Anmaßung empfinden, und vor der Unfähigkeit, legitime demokratische Konflikte fair auszutragen.

Diese Wachsamkeit brauchen wir, wenn wir weiterhin die Auseinandersetzung mit den vergangenen und gegenwärtigen Diktaturen und ihren Anhängern im Bewusstsein der Überlegenheit demokratischer Lebensformen führen wollen. Nur eine Demokratie, die sich ihrer Aufgabe bewusst ist und an sich arbeitet, ist anderen Lebensformen überlegen. Nur eine offene, demokratische Gesellschaft, die eine wirkliche Heimstatt freier, mündiger Bürger ist, entspricht dem Vermächtnis der Männer und Frauen des Widerstandes gegen die Tyrannei und ihrem Opfer, das uns verpflichtet.